

Liesa Seyd

Mittelbare Geschlechtsdiskriminierung im öffentlichen Dienst an Schule und Hochschule

Eine Untersuchung einzelner die Beschäftigungsbedingungen
im Dienst des Landes Hessen an Schule und Hochschule
geschlechtsspezifisch nachteilig steuernder Rechtsnormen



Nomos

Schriften zur Gleichstellung

herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Susanne Baer

Marion Eckertz-Höfer

Prof. Dr. Jutta Limbach +

Prof. Dr. Heide Pfarr

Prof. Dr. Ute Sacksofsky

Band 50

Liesa Seyd

Mittelbare Geschlechtsdiskriminierung im öffentlichen Dienst an Schule und Hochschule

Eine Untersuchung einzelner die Beschäftigungsbedingungen
im Dienst des Landes Hessen an Schule und Hochschule
geschlechtsspezifisch nachteilig steuernder Rechtsnormen



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Frankfurt am Main, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6441-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-0564-6 (ePDF)

D30

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2018/19 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt am Main als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten bis Januar 2019 Berücksichtigung finden. Die Arbeit entstand maßgeblich neben beruflicher Tätigkeit außerhalb der Wissenschaft im öffentlichen Dienst.

Meiner Doktormutter Prof. Dr. Ute Sacksofsky möchte ich meinen tief empfundenen Dank aussprechen. Die mir eröffnete Möglichkeit, mich unter ihrer Betreuung dem Thema dieser Arbeit widmen zu können, hat mich sehr bereichert. Ihre Kritik und anhaltende Ermutigung schätze ich sehr wert. Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Positiv zu erwähnen sind auch das Erstellen und kostenfreie Zurverfügungstellen von Sonderauswertungen betreffend die Personalstatistik durch das Hessische Statistische Landesamt und das Hessische Kultusministerium. Für die freundliche Unterstützung möchte ich den jeweils betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich danken.

Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei allen aus Familie und Freundeskreis, die jeweils Teile dieser Arbeit Korrektur gelesen haben. Mein besonderer Dank gilt dabei Sigrid Palmer, die mich fortwährend unterstützt und angespornt hat.

Frankfurt, 30.12.2019

Liesa Seyd

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einführung	23
Teil 1: Die Rechtsfigur der mittelbaren Diskriminierung als rechtliches Steuerungsinstrument gegen strukturelle Benachteiligung	25
§ 1 Entwicklung des Verbots mittelbarer Diskriminierung	25
A. Ursprung der Rechtsfigur der mittelbaren Diskriminierung	25
B. Entwicklung des Verbots der mittelbaren Diskriminierung in Europa	27
C. Eingang des Verbots der mittelbaren Diskriminierung in das Recht der Bundesrepublik Deutschland	29
§ 2 Die normative Verortung des Verbots der mittelbaren Diskriminierung wegen des Geschlechts	31
A. Verankerung des Verbots der mittelbaren Geschlechtsdiskriminierung im Unionsrecht	31
I. Primärrecht	31
II. Sekundärrecht	33
B. Verankerung des Verbots der mittelbaren Geschlechtsdiskriminierung in Art. 3 GG	34
I. Abgrenzung der speziellen Gleichheitssätze in Bezug auf das Verbot der mittelbaren Diskriminierung	38
1. Verortung des Verbots mittelbarer Diskriminierung in Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG	40
2. Die Bedeutung von Asymmetrie für die Verortung des Verbots mittelbarer Diskriminierung	44
3. Verbleibende Differenz zwischen den speziellen Gleichheitssätzen	46
II. Stellungnahme	48
1. Eigene Interpretation des Art. 3 Abs. 2 S. 1 GG	50
2. Eigene Interpretation des Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG	52

Inhaltsverzeichnis

§ 3	Konturierung der Rechtsfigur der mittelbaren Diskriminierung	57
A.	Funktion und Systematik der Rechtsfigur der mittelbaren Diskriminierung	57
B.	Tatbestandsmäßigkeit	59
I.	Bildung von Vergleichsgruppen	60
II.	Wesentlich stärkere nachteilige Betroffenheit	61
1.	Vorgaben des EuGHs zur Feststellung einer wesentlich stärkeren nachteiligen Betroffenheit im Rahmen des Entgeltgleichheitsgebots	62
2.	Vorgaben des BVerfG zur Wesentlichkeit einer stärkeren Betroffenheit	63
3.	Die Bedeutung von Statistiken für die Darlegung einer wesentlich stärkeren nachteiligen Betroffenheit	65
C.	Objektive Rechtfertigung	67
I.	Rechtfertigungsmaßstäbe im Rahmen des Entgeltgleichheitsgebots nach Art. 157 Abs. 1 AEUV	68
1.	Verhältnismäßigkeitsprüfung unter den Maßstäben des Art. 157 Abs. 1 AEUV	69
2.	Legitime Ziele und Interessenabwägung in Abhängigkeit des Einzelfalls	71
3.	Auswirkungen des Diskriminierungsschutzes nach der EU-GRC	72
II.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigungsmaßstäbe	74
1.	Rechtfertigung mittelbarer Diskriminierungen wegen des Geschlechts im Lichte der Rechtsprechung des BVerfG	74
a)	Rechtfertigungsprüfung bei mittelbarer Diskriminierung von Beamtinnen	76
b)	Übertragbarkeit der Rechtsprechung des BVerfG zur mittelbaren Diskriminierung von Beamtinnen auf das Verbot der mittelbaren Geschlechtsdiskriminierung	78
c)	Einheitliche Maßstäbe für die Rechtfertigung geschlechtsspezifischer Benachteiligungen innerhalb des Geflechts der speziellen Gleichheitssätze	80

2. Rechtfertigung mittelbarer Diskriminierung wegen in Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG normierter und ihnen nahestehender Kategorien	82
3. Stellungnahme	86
Teil 2: Die Rechtsfigur der mittelbaren Diskriminierung als Instrument zur Gewährleistung geschlechtsdiskriminierungsfreier Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst an Schule und Hochschule	88
§ 1 Im Bereich des öffentlichen Dienstes anwendbare geschlechtsbezogene Diskriminierungsverbote und ihre Rechtsfolge	88
A. Spezielle Diskriminierungsverbote des Art. 3 GG	88
B. Verbot der geschlechtsspezifischen Diskriminierung beim Entgelt nach Art. 157 Abs. 1 AEUV	91
C. Geschlechtsspezifische Diskriminierungsverbote der EU-GRC	94
I. Die allgemeine Begrenzung des Kreises der Grundrechtsverpflichteten nach Art. 51 Abs. 1 S. 1 EU-GRC	94
II. Bindung der einzelnen Dienststellen des Bundes und der Länder durch Art. 21 Abs. 1 und 23 EU-GRC	96
III. Rechtsfolge eines Verstoßes gegen die Charta-Diskriminierungsverbote	98
D. Das einfachgesetzliche Diskriminierungsverbot nach § 4 Abs. 3 HGIG	99
E. Das arbeitsrechtliche Diskriminierungsverbot nach § 7 AGG im Zusammenspiel mit den arbeitsrechtlichen EU-Gleichbehandlungsrichtlinien	100
I. Reichweite des Diskriminierungsverbots nach § 7 Abs. 1 AGG	100
II. Beweislastumkehr nach § 22 AGG als allgemeine Rechtsfolge des Anscheins einer Benachteiligung	103
III. Rechtsfolgen eines festgestellten Verstoßes gegen das arbeitsrechtliche Benachteiligungsverbot	106

Inhaltsverzeichnis

§ 2 Untersuchung einzelner, die Beschäftigungsbedingungen im Dienst des Landes Hessen in den Bereichen Schule und Hochschule regelnder Rechtsvorschriften auf ihre geschlechtsspezifisch mittelbar benachteiligende Wirkung	107
A. Beschäftigung im Bereich der Schule	108
I. Bewertung der Arbeit von Lehrkräften mit der Befähigung zum Lehramt an Grundschulen mit Besoldungsgruppe A12	109
1. Tatbestandsmäßigkeit	110
a) Wesentlich stärkere Betroffenheit	110
b) Entgeltspezifischer Nachteil	112
aa) Grundgehaltsvergleich	113
bb) Gleichwertigkeit der Lehrkrafttätigkeit als Voraussetzung für die Nachteilfeststellung	114
cc) Nachteil iSd Art. 3 Abs. 3 GG	118
2. Objektive Rechtfertigung	118
a) Durchsetzung des Prinzips der amtsangemessenen Alimentation als verfassungsrechtlich anerkannter Grund	119
aa) Bewertung der Lehrkrafttätigkeit	120
bb) Angemessenheit der Grundschullehrkraftbesoldung unter Berücksichtigung der Besoldung anderer Beamtengruppen	123
(1) Weiter Entscheidungsspielraum des Besoldungsgesetzgebers	123
(2) Vergleich unter den Eingangssämtern innerhalb der Besoldungsgruppe A12	125
(3) Vergleich mit im Bereich der Grundschule eingesetzten angestellten sozialpädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	128
cc) Ausschluss der Unteralimentation mittels Vergleich zur Vergütung angestellter Grundschullehrkräfte	130
dd) Erforderlichkeit und Angemessenheit der vorgenommenen Besoldungsgruppenzuordnung zur Durchsetzung des Alimentationsprinzips	132

b) Unzulässigkeit der mittelbaren Benachteiligung von beamteten Grundschullehrerinnen und deren Rechtsfolge	134
II. Zeitlich uneingeschränkte außerunterrichtliche Dienstpflichten teilzeitbeschäftigter Lehrkräfte	135
1. Des Bewirkens einer mittelbaren Benachteiligung wegen des Geschlechts verdächtige, neutrale Rechtsvorschriften	136
2. Verwirklichung des Tatbestands einer mittelbaren Benachteiligung wegen des Geschlechts	138
a) Wesentlich stärkere Betroffenheit von weiblichen Grundschullehrkräften durch das Kriterium der Teilzeitbeschäftigung	139
b) Gruppenspezifischer Nachteil	141
aa) Nachteilige Wirkung der Vorschriften über die außerunterrichtlichen Dienstpflichten im Zusammenspiel mit den Bestimmungen über die Lehrkraftarbeitszeit auf in Teilzeit beschäftigte beamtete Grundschullehrkräfte	141
(1) Regelmäßige Wochenarbeitszeit von beamteten Grundschullehrkräften	142
(2) Für außerunterrichtliche Dienstpflichten kalkulierte Wochenarbeitszeit	143
(3) Verantwortlichkeit der Schulleiterin bzw. des Schulleiters für die Berücksichtigung der Teilzeitquote und der hierfür zur Verfügung stehende Ausgleichspielraum	144
(4) Abstrakte Eignung der Vorschriften über die außerunterrichtlichen Lehrkraftpflichten im Zusammenspiel mit den Bestimmungen zur Lehrkraftarbeitszeit, eine Diensterfüllung durch Grundschullehrkräfte über den Teilzeitbeschäftigungsumfang hinaus zu bedingen	146

Inhaltsverzeichnis

(5) Mangel an einem faktischen Ausgleich für die zeitlich überobligatorische Pflichterfüllung	148
bb) Feststellung eines entgeltspezifischen Nachteils	150
(1) Voraussetzungen eines Anspruchs auf Mehrarbeitsvergütung	151
(2) Feststellung des Mangels eines umfassenden und durchsetzbaren Rechtsanspruchs beamteter Grundschullehrkräfte auf Mehrarbeitsvergütung	153
3. Objektive Rechtfertigung der mittelbaren Benachteiligung in Teilzeit beschäftigter beamteter Grundschullehrerinnen	154
a) Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums als verfassungslegitime Ziele	155
b) Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung als verfassungsrechtliches Schutzgut	157
aa) Eignung des Kriteriums der Vollzeitbeschäftigung zur Durchsetzung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung	157
bb) Mangelnde Erforderlichkeit der Orientierung am Kriterium der Vollzeitbeschäftigung zur Gewährleistung der Leistungsfähigkeit der Schulen	159
cc) Mangelnde Angemessenheit der Zieldurchsetzung in der vorliegenden Konstellation	160
c) Vermeidung einer Besserstellung von Teilzeitbeschäftigten als verfassungsrechtliches Schutzgut	161
d) Mangel einer objektiven Rechtfertigung für die festgestellte mittelbare Benachteiligung von in Teilzeit beschäftigten beamteten Grundschullehrerinnen	162
4. Rechtsfolge der festgestellten unzulässigen mittelbaren Benachteiligung wegen des Geschlechts	163

III. Möglichkeit der Beschäftigung von Lehrkräften im Angestelltenverhältnis	165
1. Mangel einer stärkeren Betroffenheit von weiblichen Lehrkräften durch das Kriterium der Beschäftigung im Angestelltenverhältnis	165
2. Anerkennung des Schutzes männlicher Grundschullehrkräfte vor mittelbarer Benachteiligung iSd Art. 3 Abs. 2 S. 1 GG	167
3. Mangel einer wesentlich stärkeren Betroffenheit von männlichen Lehrkräften durch das Kriterium der Beschäftigung im Angestelltenverhältnis	168
4. Parameter der Rechtfertigungsprüfung einer unterstellten mittelbaren Diskriminierung im Angestelltenverhältnis beschäftigter männlicher Lehrkräfte	170
IV. Eingruppierung von Lehrkräften ohne Lehramtsbefähigung	173
1. Mit den Eingruppierungsvorschriften bedingter entgeltspezifischer Nachteil zulasten von Lehrkräften ohne Lehramtsbefähigung bei Verwendung an allgemeinbildenden Schulen	173
2. Mangel einer geschlechtsgruppenspezifischen stärkeren nachteiligen Betroffenheit von Lehrkräften durch das Kriterium der Lehramtsbefähigung	174
3. Parameter der Rechtfertigungsprüfung betreffend eine etwaige mittelbare Benachteiligung von Lehrern wegen ihres Geschlechts	176
V. Fazit zum Arbeitsbereich Schulen	177
B. Beschäftigung im Bereich der Wissenschaft	178
I. Das Wahlrecht zwischen der Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Arbeits- oder Beamtenverhältnis	180
1. Wesentlich niedrigere Betroffenheit wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen durch das Kriterium der Beschäftigung im Beamtenverhältnis	181
2. Nachteil der im Angestelltenverhältnis beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen	183

Inhaltsverzeichnis

3. Objektive Rechtfertigung der mittelbaren Benachteiligung im Angestelltenverhältnis beschäftigter wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen	186
a) Geeignetheit des Wahlrechts zur Durchsetzung des Leistungsgrundsatzes in der Wissenschaft	186
b) Präferenz für die Beschäftigung im Arbeitsverhältnis nach § 65 Abs. 2 HHG als mildestes Mittel zur Durchsetzung des Leistungsgrundsatzes in der Wissenschaft	188
c) Angemessenheit der Zieldurchsetzung mittels Beschäftigung im Angestelltenverhältnis	190
II. Möglichkeit der Beschäftigung von Professorinnen und Professoren im Angestelltenverhältnis	192
1. Stärkere Betroffenheit von Professorinnen durch das nachteilig wirkende Kriterium der Beschäftigung im Angestelltenverhältnis	193
2. Mangel der Wesentlichkeit der festgestellten stärkeren Betroffenheit von Professorinnen	194
III. Möglichkeit der Beschäftigung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf Zeit	195
1. Mittelbare Benachteiligung zulasten wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen	196
2. Mittelbare Benachteiligung zulasten von Professorinnen	197
a) Tatbestandsmäßigkeit	197
b) Objektive Rechtfertigung	198
IV. Berufungsverfahren	202
1. Vermeintliche Neutralität der berufsverfahrensrechtlichen Regelungen	203
a) Rechtlicher Rahmen für die Ausgestaltung und Durchführung von Berufungsverfahren in Hessen	204
b) Qualifikationskriterien	205
c) Qualifikationsbeurteilung	208
d) Ausnahme von der Ausschreibungspflicht	211
e) Hausberufungsverbot	212
2. Mangelnde Feststellbarkeit einer wesentlich stärkeren nachteiligen Betroffenheit durch die konkrete Ausgestaltung und Durchführung von Berufungsverfahren	214

3. Parameter für die Rechtfertigung einer unterstellten mittelbaren Benachteiligung von Wissenschaftlerinnen	219
a) Eignung der Bestimmungen des § 63 Abs. 2 und Abs. 3 HHG zur Durchsetzung des Bestenauslesegrundsatzes in der Wissenschaft	220
b) Mangelnde Erforderlichkeit der Regelungen des § 63 Abs. 2 und Abs. 3 HHG zur Durchsetzung des Bestenauslesegrundsatzes	221
c) Geboten- und Angemessenheit der Ergreifung der zur Verfügung stehenden milderer Mittel	222
4. Ergebnis und Ausblick	223
V. Variable Leistungsbezüge im Bereich der Besoldungsordnung W	225
1. Mangelnde Feststellung der Tatbestandsmäßigkeit	226
a) Vermeintliche Neutralität des § 35 HBesG	226
b) Mangelnde Feststellung einer wesentlich stärkeren nachteiligen Betroffenheit	227
2. Parameter für die objektive Rechtfertigung einer unterstellten mittelbaren Benachteiligung von Professorinnen	230
VI. Altersgrenze für die Berufung von Professorinnen und Professoren in das Beamtenverhältnis	231
1. Wesentlich stärkere nachteilige Betroffenheit von Wissenschaftlerinnen durch die für Professorinnen und Professoren geltende Altersgrenze für die Berufung in das Beamtenverhältnis	232
2. Parameter einer objektiven Rechtfertigungsprüfung	233
§ 3 Konklusion	235
Literaturverzeichnis	239
Anhang	247

Abkürzungsverzeichnis

aaO	am angegebenen Ort
a.A.	andere Ansicht
AADStudStV	Staatsvertrag über die Einrichtung eines gemeinsamen Studienganges für den Amtsanwaltsdienst und die Errichtung eines gemeinsamen Prüfungsamtes für die Abnahme der Amtsanwaltsprüfung
AAAnwAPO	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des Amtsanwaltsdienstes
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AK	Alternativkommentar
Alt.	Alternative
AP	Arbeitspapier
APOAA	Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des Amtsanwaltsdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen
APORpflD	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Laufbahnzweig des Rechtspflegerdienstes im gehobenen Justizdienst
ArbG	Arbeitsgericht
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAT	Bundesangestellten-Tarifvertrag
BB	Betriebsberater (Zeitschrift)
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BBG	Bundesbeamtengesetz
BeamtVG	Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes (Beamtenversorgungsgesetz)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGG	Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (Behindertengleichstellungsgesetz)

Abkürzungsverzeichnis

BGleiG	Bundesgleichstellungsgesetz
BR	Bundesrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland
Bschl.	Beschluss
BeamStG	Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern
BT	Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung „Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Sammlung „Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts“
bzw.	beziehungsweise
CEWS	Center of Excellence Woman and Science
Drs.	Drucksache
EG	Europäischen Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
ErfK	Erfurter Kommentar für Arbeitsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGVtr	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
Entsch.	Entscheidung
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft/ Union
EU-GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift (Zeitschrift)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

f.	folgende Seite/ folgende Randnummer
ff.	folgende Seiten/ folgende Randnummern
Fn	Fußnote
FS	Festschrift
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GR	Grundrechte
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
HAZVO	Verordnung über die Arbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten
HBeamtVG	Hessisches Beamtenversorgungsgesetz
HBG	Hessisches Beamtenengesetz
HessBGG	Hessische Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Hessisches Behinderten-Gleichstellungsgesetz)
HessStGH	Staatsgerichtshof des Landes Hessen
HGIG	Hessisches Gleichberechtigungsgesetz
HHG	Hessisches Hochschulgesetz
HKM	Hessisches Kultusministerium
HLbG	Hessisches Lehrerbildungsgesetz
HMdIS	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
HMVergV	Hessische Verordnung über die Gewährung einer Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte
HRG	Hochschulrahmengesetz
Hrsg.	Herausgeber
HS.	Halbsatz
HSchG	Hessisches Schulgesetz
i.H.v.	in Höhe von
iSd	im Sinne der/ die/ das
iSv	im Sinne von
iVm	in Verbindung mit
JMBL.	Justiz-Ministerial-Blatt
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

KonferenzO	Konferenzordnung
LAG	Landesarbeitsgericht
LVV	Verordnung über den Umfang der Lehrverpflichtung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen des Landes
LT	Landtag
MüKo	Münchner Kommentar zum BGB
mVa	mit Verweis auf
mwN	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenzeitung
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
OK	Onlinekommentar
OVG	Oberverwaltungsgericht
PflStVO	Verordnung über die Pflichtstunden der Lehrkräfte
PK	Praxiskommentar
ProfBesReformG	Gesetz zur Reform der Professorenbesoldung (Professorenbesoldungsreformgesetz)
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RpflAPO	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter der Rechtspflegerlaufbahn
RL	Richtlinie
Rn	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Satz/ Seite
s.a.	siehe auch
Slg.	Sammlung

Abkürzungsverzeichnis

StAnz.	Staatsanzeiger
TV-H	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen
TVÜ-H	Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten des Landes Hessen in den TV-H und zur Regelung des Übergangsrechts
UAbs.	Unterabsatz
Urt.	Urteil
v.	vom
VBL	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien
Ziff.	Ziffer

